

NACH- GEFRAGT!

**GESTÄRKT FÜR EIN
SOLIDARISCHES MITEINANDER.**

Interviews mit vier
Expert_innen zur
Auseinandersetzung mit
Rechtspopulismus

2021

Interviewreihe der Fach- und Netzwerkstellen Berlins

ÜBER UNS

Wir – das sind das Zentrum für Demokratie (Treptow-Köpenick), [moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt (Pankow), die Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke (Lichtenberg), die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung (Marzahn-Hellersdorf) und das Vor-Ort-Büro von Demokratie in der Mitte (Berlin-Mitte). Als bezirkliche Fachprojekte fördern wir eine demokratische Kultur vor Ort, vernetzen Akteur*innen, moderieren Aushandlungsprozesse, unterstützen engagierte Personen und Initiativen und sensibilisieren für Rechtspopulismus, extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und andere Ungleichwertigkeitsideologien. Wir sind in unseren Bezirken für die Koordination der Partnerschaften für Demokratie zuständig, teilweise sind bei uns die Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle angesiedelt und wir begleiten Fachrunden und -projekte wie: Geschlechtersensible Arbeit mit Jungen, JFEs gegen Diskriminierung, Solidarische Kieze, Pankow hilft, Zusammen gegen Rassismus Moabit & Wedding oder aras* – Politische Bildung an Schulen. Finanziert wird unsere Arbeit aus Bezirks-, Landes- sowie Bundesmitteln.

Unsere Interviewreihe geht 2020 ins dritte Jahr. Und das war völlig anders als gedacht. Die weltweite Corona-Pandemie war und ist für alle eine große Herausforderung. Der Untertitel unserer Reihe „Gestärkt für ein solidarisches Miteinander“ bekommt nochmal neue Dimensionen: Wie umgehen mit einer lebensbedrohlichen, unerforschten Krankheit in einer demokratischen Gesellschaft? Wieviel persönliche Freiheit sind wir bereit einzuschränken, um viele zu schützen? Wie organisieren wir unseren (Arbeits-)Alltag, wenn gewohnte Strukturen im Lockdown wegbrechen? Welche ungleichen sozialen und psychischen Auswirkungen hat Corona auf gesellschaftliche Gruppen? Wie ein solch emotionales Thema diskutieren, ohne nach autoritären, verschwörungstheoretischen Lösungen zu suchen oder in rassistische Erklärungsmuster zu verfallen? Was bedeutet zivilgesellschaftliches Engagement in einem enorm digitalisierten Alltag? Also haben wir einen neuen Plan gemacht, neue Themen gesammelt, tolle Expert*innen gefunden.

Engagierte und Interessierte, Langzeit- oder neuzugezogene Berliner*innen nutzen die vielfältigen Interviews, um für ihr tägliches demokratisches Handeln vor Ort Impulse zu bekommen und um in Kontroversen mit einer menschenrechtsorientierten Grundhaltung zu streiten. Das bleibt auch während der Corona-Pandemie ein wichtiger Aspekt. Ebenso wichtig ist uns Wissenschaft und Praxis zusammen zu bringen. Welches Potential, aber auch welche Herausforderung darin liegt, fachliche Expertise in Handlungsstrategien und Maßnahmen umzusetzen, haben uns die letzten Monate gezeigt. Das gilt nicht nur für Virolog*innen und Politiker*innen.

Im ersten Interview sprachen wir mit Dr. Céline Barry von EachOneTeachOne über Antidiskriminierungsarbeit in Zeiten von Corona. „Es ist vorauszusehen, dass Gruppen, die bereits jetzt in prekärer Lage sind, in gesteigertem Maße mit Geldsorgen, Wohnungsnot, Problemen mit Einreise und Papieren konfrontiert sein werden“, sagte sie damals und betonte, wie wichtig es ist wachsam zu sein und zusammen zu arbeiten, damit diese Aspekte in der Öffentlichkeit nicht in Vergessenheit geraten. EOTO berät Schwarze Menschen und führt ein Monitoring für Anti-Schwarzen-Rassismus in Berlin durch. Empowerment ist nicht nur ein wichtiger Baustein ihrer Arbeit, sondern sei auch die „Wurzel der Befreiung von Rassismus“.

Daran knüpft die Forderung „Wir wollen unsere eigenen Geschichten erzählen“ von Thi Minh Huyen Nguyen und Victoria Kure-Wu unmittelbar an. Mit den beiden Gründer*innen des Projektes #ichbinkeinvirus

sprachen wir über die Zunahme von anti-asiatischem Rassismus in 2020. In allen Bereichen (...) sei es notwendig Rassismus-kritisch zu agieren, damit sich strukturell und institutionell etwas verändert. Die Verschwörungserzählungen, die zunehmend als vermeintliche Erklärungen für die Pandemie herangezogen werden, haben für beide ganz klar rassistische Strukturen. Dagegen müsse man sich wehren, auch wenn man manchmal nicht weiß, wo man ansetzen soll.

Im Podcast mit der Psychologin Pia Lamberty diskutierten wir, wie Verschwörungserzählungen das Denken beeinflussen. Auch wenn man nicht immer alles entkräften kann, ist es wichtig klar zu machen, dass man anderer Meinung ist: Digitale Zivilcourage zu zeigen und sich dabei auch mit Betroffenen bzw. Angegriffenen zu solidarisieren. Nicht nur im Netz gingen diese Erzählungen mit viel Aggression und Hass einher, hebt Lamberty hervor.

Das wurde auch sichtbar bei den Versammlungen der Coronaleugner*innen in Berlin. Über die anfänglich „diffuse Mischung“ von Menschen und ihre Radikalisierung sprachen wir mit Ulf Balmer von der MBR Berlin. Er bezeichnet die Großveranstaltungen im Sommer als „verschwörungsideologische Bündnisveranstaltungen, auf denen zur Normalisierung von Rechtsextremen- und Reichsbürgerideologien, vor allem aber auch Antisemitismus, beigetragen wird.“

Mit zwei weiteren Interviews nehmen wir Gruppen in den Blick, die von der Pandemie besonders betroffen sind:

Mit der Rechtswissenschaftlerin Linda Zaiane sprachen wir über die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche und fragten: Sind die Kinderrechte in der Krise? Sie mahnt an, dass auch bei den Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Gesundheit aller zu schützen, die Rechte und die Einbeziehung der Kinder nicht vergessen werden sollten.

Susanne Gerull, Professorin für Soziale Arbeit, und der Sozialarbeiter Robert Ringel machen sich große Sorgen um wohnungslose Menschen im Winter der Pandemie. Die Entsolidarisierung und die Gewalt nehmen zu, auch wenn sie kaum in (polizeilichen) Statistiken erfasst werden, subtilere (Agressions-) Formen blieben meist unsichtbar.

Wir danken allen Interviewten für ihre Zeit und ihr Engagement. Die vorliegende Broschüre bündelt alle Stimmen aus dem Jahr 2020. Seit Ende des Jahres werden alle Interviews und Podcasts auf unserer Webseite nach-gefragt.org veröffentlicht, um auch den digitalen Raum mit menschenrechtsorientierten Positionen zu besetzen.

INHALT

#9 Widerstandswissen sichtbar machen Interview mit Céline Barry	7
#10 Kinderrechte in der Krise Interview mit Linda Zaiane Audiointerview, zu hören auf www.nach-gefragt.org	
#11 Verschwörungserzählungen Interview mit Pia Lamberty Audiointerview, zu hören auf www.nach-gefragt.org	
#12 Wir wollen unsere eigenen Geschichten erzählen Interview mit Thi Minh Huyen Nguyen und Victoria Kure-Wu	17
#13 Corona und Wohnungslosigkeit Interview mit Prof. Susanne Gerull und Robert Ringel	27
#14 Grundrechte nicht mit Rechtsextremen verteidigen Interview mit Ulf Balmer	37



#9



Dr. Céline Barry forscht zu Rassismus, Feminismus und Intersektionalität und ist in unterschiedlichen antirassistischen Initiativen aktiv, u. a. bei der Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt und den Berlin Muslim Feminists. Sie ist Projektleiterin und Beraterin für das Antidiskriminierungsprojekt EACH ONE von Each One Teach One (EOTO) e.V.. EACH ONE bietet Beratung für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen und führt Monitoring zu Anti-Schwarzem Rassismus in Berlin durch.

WIDER- STANDS- WISSEN SICHTBAR MACHEN

**Ein Gespräch über
Rassismus und die
Arbeit von EOTO e.V.**

Du arbeitest bei Each One Teach One (EOTO) e.V., einem Verein mit Sitz im Wedding, der berlinweit aktiv ist. Was war der Impuls EOTO zu gründen? Wer ist im Verein aktiv und für welche Zielgruppen seid ihr aktiv?

Each One Teach One (EOTO) e.V. ist ein Community-Verein von und für Schwarze Menschen. Das Herz des Vereins ist die Bibliothek, die Literatur von Menschen Afrikanischer Herkunft sammelt und bereitstellt. Impulsgebend war der Nachlass von Vera Heyer, einer Schwarzen Frau, die in den 1970er Jahren begann, die Werke afrodiasporischer Autor*, Filme und Zeitungsartikel zu Schwarzen Themen zu sammeln.

Als Ort, an dem sich Schwarze Literatur konzentrierte, wurde das Archiv schnell zu einem wichtigen Treffpunkt für Schwarze Menschen: Lesungen, Netzwerktreffen, internationale Begegnungen. Projekte wie die Black Diaspora School nahmen Gestalt an, in der Schwarze Jugendliche lernen konnten, was sie betrifft, aber in der Schule meist nur am Rande Erwähnung findet: Gegenwart und Geschichte

Schwarzer Menschen in Deutschland, afrikanische, afrodiasporische Geschichte, die Geschichte von Kolonialismus und Versklavung. Die Bedeutung eines Ortes, an dem sich die jungen Schwarzen Menschen treffen, austauschen und gemeinsam an Vorhaben arbeiten konnten, wurde hier sehr deutlich.

Heute umfasst das Archiv über 6.000 Werke und EOTO bietet ein breites kulturelles Programm an: ein regelmäßiger Literaturclub, das jährliche Literaturfestival Afrolution, Filmveranstaltungen, Workshops zu Themen, die für die Community relevant sind. Die Jugendarbeit (Nachhilfe, Workshops, Reisen, Treffpunkt) nimmt weiterhin einen wichtigen Teil ein. Politische Interessenvertretung und Antidiskriminierung bilden weitere Schwerpunkte unserer Arbeit. Allen Bereich ist gemeinsam, dass sie darauf abzielen, dem Empowerment Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen Raum zu geben.

Schwarz ist eine politische Selbstbezeichnung, die sich von den rassistischen Fremdbestimmungen emanzipiert.

Indem wir „Schwarz, afrikanisch und afrodiasporisch“ sagen, möchten wir darauf aufmerksam machen, dass wir die Community in ihrer Vielfalt ansprechen: Menschen, die neu nach Deutschland gekommen sind, Menschen, die in Deutschland geboren sind, Menschen, deren Familien bereits seit Generationen hier leben; Menschen aus afrikanischen Ländern sowie den Afrodiasporas, also Orten, an die Afrikaner* während der europäischen Versklavung verschleppt wurden, vor allem den Amerikas.

Welche Rolle spielt Antirassismus in EOTOs Arbeit? Welche Definition von Rassismus ist für EOTO handlungsleitend?

Eine rassismuskritische Perspektive liegt EOTOs gesamter Arbeit zugrunde. Sie klingt bereits an, wenn wir von Schwarzen Menschen sprechen. Schwarz ist eine politische Selbstbezeichnung, die sich von den rassistischen Fremdbestimmungen emanzipiert. Wichtig ist, dass Schwarzsein nicht als biologistische Kategorie, z. B. als bestimmter Körper, „Hautfarbe“ oder vordeterminierte Eigenschaften (Stereotype), verstanden wird.

Schwarz als Gegensatz zu weiß sind rassistische Kategorien, die im Kontext Versklavung und Kolonialismus erfunden wurden, um weiße Herrschaft und die Unterdrückung und Ausbeutung Schwarzer Menschen zu legitimieren. Anti-Schwarzer Rassis-

mus (ASR) ist heutzutage in der Form neokolonialer Grenzregime, Diskriminierung und Gewalt aktiv. Schwarz zu sein hat also eine Bedeutung, es bildet eine gemeinsame Erfahrung, und deshalb müssen wir das benennen. Indessen wird Schwarzsein auf sehr unterschiedliche Weise erfahren – je nachdem, wo wir geboren sind, wo wir leben, wie wir positioniert sind: als Mann, als Frau*, Queer, Trans*, Inter*, als behinderte Schwarze Person, je nachdem, welchen Aufenthaltsstatus, welches Einkommen, Schulabschluss, usw. Schwarzsein ist also auch immer intersektional zu verstehen.

Ein wichtiges handlungsleitendes Dokument ist die UN-Anti-Rassismus-Konvention (ICERD, 1965), die auf die Menschenrechte rassifizierter Communitys verweist und zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung aufruft. In diesem Zusammenhang steht auch die Dekade für Menschen Afrikanischer Herkunft der Vereinten Nationen (2015-24). In diesem Rahmen werden UN-Mitgliedsstaaten u. a. angehalten Programme zum Schutz der Menschenrechte für Menschen afrikanischer Herkunft umzusetzen. Das Antidiskriminierungsprojekt EACH ONE wurde in diesem Zusammenhang mit Unterstützung der Landesantidiskriminierungsstelle gegründet. In

Eine rassismuskritische Perspektive liegt EOTOs gesamter Arbeit zugrunde.

dem Rahmen wirken wir mit bei der People of African Descent (PAD) Week. Im Europäischen Parlament setzten sich Aktivist*, Expert* und Politiker* für eine europäische Rahmenstrategie zur Förderung Menschen afrikanischer Herkunft sowie Nationale Aktionspläne ein. Und bei der Onlinebefragung #Afrozensus, die erstmals die Lebensrealitäten, Diskriminierungserfahrungen und Perspektiven Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen erfasst.

Schwarz ist eine politische Selbstbezeichnung, die sich von den rassistischen Fremdbestimmungen emanzipiert.

Rassistische Positionen scheinen in der deutschen Gesellschaft wieder stärker zu werden bzw. werden offener geäußert. Welche Ansätze zur Sensibilisierung für Rassismus verfolgt ihr?

Die Verschärfung rassistischer Vorfälle und Diskurse ist immer eine Frage der Perspektive. Für die meisten Schwarzen Menschen war, ist und bleibt Anti-Schwarzer Rassismus (ASR) Alltag. Durch die Antidiskriminierungsberatung und die Dokumentation von Rassismussvorfällen im EACH-ONE-Monitoring verschaffen wir uns ein zunehmend klareres Bild davon, wie sich ASR manifestiert, in welchen Bereichen, nach welchen Mustern er funktioniert und – das liegt uns besonders am Herzen – welche Handlungsstrategien Schwarze Menschen entwickeln, um sich gegen Rassismus zu schützen. Es geht also einerseits um die Zuführung von Zahlen. Diese sind wichtig für die politische Arbeit und die Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft, für die ASR bislang eine Randerscheinung darstellt, obwohl es ein strukturelles Phänomen ist. Andererseits, und hier liegt der Empowerment-Wert, macht die Dokumentation Widerstandswissen sichtbar. So können wir voneinander lernen, was zu tun ist, wenn was passiert, worauf wir achten müssen und wo wir uns Unterstützung holen.

Als Community-Organisation steht also das Empowerment im Vordergrund: einen Ort der Zusammenkunft und der Heilung bereitzustellen, an dem Schwarze sein können, wie sie sind, sie aufatmen

und ihre Themen behandeln und über intersektionale Grenzziehungen hinweg zusammenfinden und solidarisch miteinander sein können. Ferner gilt es dafür zu sorgen, dass der Schutz vor Anti-Schwarzem Rassismus in der deutschen Wirklichkeit verbessert wird. Das geht nicht von heute auf morgen, sondern ist ein langfristiger Prozess, bei dem der Austausch mit den Communitys im Fokus steht und Themen bedarfsorientiert entwickelt werden müssen. So stimmen die EOTO-Projekte ihr Empowerment-Angebot kontinuierlich mit den Bedarfen der Menschen ab. So entstanden z. B. eine Jugendlesegruppe, ein Twi-Sprachkurs, der Young Queer Black Space, der Iwòsàn-Kreis für Schwarze Frauen* bei sexualisierter Gewalt, Workshops zum Umgang mit Polizeigewalt, eine Schreibgruppe, branchenspezifische Netzwerktreffen...

Empowerment liegt an der Wurzel der Befreiung von Rassismus. Wie der Pädagoge Paolo Freire nahelegt, können nur die Unterdrückten selbst sich befreien, indem sie selbstbestimmt auf ihr Schicksal einwirken. Und wenn die Unterdrückten sich befreien, befreien sie die gesamte Gesellschaft von dem Herrschaftsverhältnis, sich selbst sowie die Unterdrückter*. Empowerment hat also einen Wert für die gesamte Gesellschaft. In Bezug auf Rassismus liegt die Aufgabe weißer Menschen, die zur Gruppe der Unterdrückter* gehören, dann darin, dem Empowerment Schwarzer Menschen Platz zu verschaffen und zu unterstützen. So können die Fallstricke des Paternalismus, der bei der Hilfe von oben nach unten oft entsteht und Machtverhältnisse verhärtet, umgangen werden.

Wie beeinflussen die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eure

Empowerment hat einen Wert für die gesamte Gesellschaft.

Arbeit? Welche Folgen hat die Corona-Pandemie auf rassistische Einstellungen in der Gesellschaft?

Praktisch bedeuten die Schutzmaßnahmen in erster Linie, dass die Bibliothek als Lern- und Veranstaltungsort geschlossen ist. Wie viele andere Organisationen hat EOTO sein Angebot umgestellt: Online-Plena, die Know-Your-Glow-Empowerment-Show und Netflix-Partys für Jugendliche, Beratung per Telefon und Mail, eine Notfall-Hotline bei Bedarf an Informationen oder in Krisensituationen.

Ganz besonders jetzt müssen wir darauf achten, den Kontakt zu den Leuten aufrecht zu erhalten bzw. neue Kommunikationswege zu finden und diese auszuweiten. Auch ist gesteigerte Aufmerksamkeit dahingehend gefragt, welche Auswirkungen die Corona-Krise strukturell und langfristig für unsere Communities haben wird. Denn wie wir wissen, treffen Krisen marginalisierte Gruppen am härtesten. Es ist vorauszusehen, dass Gruppen, die bereits jetzt in prekärer Lage sind, in gesteigertem Maße mit Geldsorgen, Wohnungsnot, Problemen mit Einreise und Papieren konfrontiert sein werden. Und hier müssen wir wie alle Antidiskriminierungsorganisationen wachsam dafür sein, was auf uns zukommt und zur Stelle sein.

Die Community-Arbeit und die Beratung sind hierfür wichtige Channels, da wir dort erfahren, was in der Gesellschaft los ist. Tatsächlich erfahren wir zunehmend von Diskriminierungsfällen, die mit der Corona-Situation zusammenhängen: Anti-Schwarze Anfeindungen auf der Straße oder durch Security-Personal, polizeiliches Racial Profiling, rassistisch motivierte Nachbar*schaftskonflikte. Darüber hinaus ziehen sich Beratungsprozesse in die Länge und

Die Dokumentation von Rassismussvorfällen macht Widerstandswissen zugänglich.

Krisen treffen marginalisierte Gruppen am härtesten.

verkomplizieren sich durch die Schließung bzw. den Notfallbetrieb von Behörden, Gerichten und anderen Einrichtungen. Dies sowie die Sorge vor der Zukunft bringen neue Verunsicherungen mit sich. Wir reagieren darauf, indem wir mit Ratsuchenden vertiefter ins Gespräch gehen.

Welche Kooperationen und gemeinsame Aktivitäten wären in der Demokratie- und Antidiskriminierungsarbeit in Berlin hilfreich und wichtig?

Bündnisse sind das A und O der Antidiskriminierungsarbeit. Gerade in Zeiten von Corona sind sie ausschlaggebend. Denn wenn die üblichen Kommunikationswege zu unseren Zielgruppen eingeschränkt sind, können wir als Organisationen dafür sorgen, dass unser Angebot für die Zielgruppen besser zugänglich ist, die Information über spezifische Bedarfslagen in den Bezirken fließt und politische Anliegen in gebündelter Kraft Aufmerksamkeit finden.

Generell ist Kooperation in Bezug auf Beratung und Empowerment wichtig, um die Unterstützungsstrukturen kennenzulernen und aufeinander zu verweisen. Dabei kann erarbeitet werden, welche kiezbezogenen Angebote und Schutzräume benötigt werden und wie sie sich umsetzen lassen. Das Monitoring lebt indessen davon, dass Menschen Vorfälle von Anti-Schwarzen Rassismus – als Betroffene oder Zeug* – bei uns melden. Diese Beobachtungen und Erfahrungen fließen in die Dokumentation und Berichte von EACH ONE. So werden sie Teil des widerständigen Wissensbestandes, mit dem wir – als Gesellschaft – gegen ASR sowie Diskriminierung im Allgemeinen vorgehen können.

Das Interview führte Bettina Pinzl.



#12

WIR WOLLEN UNSERE EIGENEN GE- SCHICHTEN ERZÄHLEN

**Interview mit
Thi Minh Huyen
Nguyen und
Victoria Kure-Wu**



Thi Minh Huyen Nguyen ist freie Autorin, studiert im Master Medienwissenschaften und co-gründete die Laufgruppe Wayv Run Kollektiv um BIPOC* (inklusive queer, trans, inter, disabled) Menschen zu empower. Weiterhin ist sie Teil von anti-rassistischen Initiativen wie ichbinkeinvirus.org und intersektionalen Räumen wie BIWOC* Rising.



Victoria Kure-Wu konzipiert als User Experience Designer Websites und Apps in Berlin und weiß, dass diverse Teams zu besseren und nachhaltigeren Ergebnissen kommen. Sie ist Initiatorin von www.ichbinkeinvirus.org und engagiert sich für Bildungsgerechtigkeit bei www.schuelerpaten-deutschland.de.

Menschen, denen eine asiatische Herkunft zugeschrieben wird, werden zur Zeit oftmals rassistisch angefeindet. Warum ist es wichtig, das zu thematisieren?

HUYEN: Es ist wichtig Diskriminierungen und insbesondere rassistische Attacken sowohl auf struktureller Ebene, als auch auf persönlicher Ebene zu dokumentieren und zu benennen. Marginalisierte Menschen haben eine ganz andere Lebensrealität und sind alltäglich verschiedenen Mächten ausgesetzt. Während der Corona Pandemie haben wir [hier spreche ich nicht allumfassend für unsere asiatisch-deutsche Community, sondern für meine Familie / mich / mein enger Freund*innenkreis] verstärkt anti-asiatischen Rassismus erlebt und das muss [nicht nur jetzt] angesprochen werden. Wie können die Politiker*innen als auch

die *weißen* Mitbürger*innen Verantwortung übernehmen und Teil einer Zukunft sein, neue Strukturen zu verwirklichen, indem asiatische Menschen [inklusive disabled / trans / queer / inter] auf allen Ebenen respektiert werden? [Und nicht nur, wenn es der *weißen* Mehrheitsgesellschaft passt.]

Rassistische Positionen scheinen in unserer Gesellschaft wieder stärker zu werden. Welche Ansätze zur Sensibilisierung für Rassismus verfolgt ihr?

HUYEN: Unser Projekt Ichbinkeinvirus.org soll Erfahrungsberichte sichtbar machen und den Austausch zwischen Betroffenen, Aktivist*innen und Beratungsstellen erleichtern. Die Idee wurde beim Hackathon #wirvsvirus der Bundesregierung im März von meiner Kollegin Victoria Kure-Wu eingereicht. Es war das einzige von mehr als 1500 Projekten, das Rassismus in Zeiten von Corona behandelt hat.

Korientation e.V. hat Beispiele von medialer Berichterstattung gesammelt, die „Corona-Rassismus“ verstärken, weil z.B. asiatisch gelesene Menschen dargestellt werden, obwohl es darum geht, dass Atemschutzmasken in München ausverkauft sind. Wo ist es notwendig sensibler mit Wort, Tat und Bild umzugehen?

HUYEN: In allen Bereichen, sei es in der Schule, in den Behörden, bei der Polizei, nicht nur im Journalismus ist es notwendig Rassismus-kritisch zu agieren und Entscheidungen zu treffen. Es muss sich strukturell und institutionell etwas verändern. Es dürfen nicht nur *weiße* Menschen über asiati-

Es muss sich strukturell und institutionell etwas verändern.

Marginalisierte Menschen haben eine ganz andere Lebensrealität.

sche Menschen / Leben entscheiden / dokumentieren / schreiben, sondern mit uns, bzw. auch uns einstellen und gezielt fördern, damit wir unsere eigenen Geschichten erzählen können. Unsere eigenen Lebensrealitäten abbilden. Vor allem sollten *weiße* Menschen sich bewusst werden, dass es nicht nur die eine asiatische Realität gibt, sondern viele differenzierte.

Welche Bedeutung hat digitale Gewalt im Netz während der Corona-Pandemie für asiatisch gelesene Menschen?

HUYEN: Ich habe mir vor kurzem einen Talk von der afro-amerikanischen Schriftstellerin Claudia Rankine angeschaut und sie sagte darin „Rassismus ist auch immer ein visuelles Konstrukt.“ So vieles was wir lernen, womit wir uns tagtäglich umgeben sind Bilder von *weißen* Menschen, die in all möglichen Positionen sitzen und situiert werden. BIPOC* (Black Indigenous People of Color) finden selten einen Platz in den Mainstream Medien, und das an sich ist schon intrinsisch rassistisch und zeigt uns, dass *weiße* Menschen Raum und eine Stimme haben. Anti-asiatischer Rassismus sehen wir in dem nicht-Vorhandensein von uns asiatischen Menschen sowie in nur gezielten rassistischen Bildern / Werbeanzeigen usw. Es geht viel weniger um die Intention, sondern um den Effekt. Wir von ichbinkeinvirus.org erhalten auch Hass-E-mails und Kommentare auf all den Plattformen, auf denen wir sichtbar sind.

Kann man den alltäglichen Rassismus, der aktuell durch die Corona-Pandemie herrscht, mit den frühen 90er vergleichen? Gibt es Kontinuitäten oder auch Unterschiede?

VICKY: Ich tue mich schwer, die aktuelle Situation mit der damaligen Situation zu vergleichen, welche wir heute mit Abstand betrachten können. Die wirtschaftlichen Folgen von Corona sind noch nicht da, sehr viele Menschen sind mehr als sonst im Internet – ein fruchtbarer Nährboden für Verschwörungstheoretiker*innen. Um die aktuelle Situation wirklich beurteilen zu können, würde ich gerne noch abwarten, wie sich Corona in unterschiedlichen Facetten auf die Gesellschaft, die Wirtschaft und insbesondere das rechte Spektrum, auswirkt.

Nicht nur im Journalismus ist es notwendig Rassismuskritisch zu agieren.

Auf eurer Website seid ihr solidarisch mit anderen Communities, die auch von Rassismus betroffen sind. Aktuell sehen wir, dass globale Protestbewegungen gegen Polizeigewalt und gegen Rassismus im Aufwind sind. Sind diese Proteste eine Chance um strukturellen Rassismus zu thematisieren und entgegenzuwirken?

HUYEN: Diese und alle anderen tagtäglichen Proteste in allen möglichen Formen sind wichtig um nachhaltig strukturellen Rassismus zu dekonstruieren und neue Realitäten für uns und mit uns zu visionieren. Wir brauchen sowohl die Menschen, die auf die Straße gehen als auch die Akademiker*innen, die sich für eine Asian German und Black German Studies aussprechen, als auch die Unternehmer*innen, die gezielt marginalisierte Menschen einstellen, als auch die Künstler*innen, die unsere Narrative im Mittelpunkt haben. Wir brauchen jede*n Einzelne*n von uns um neue Strukturen aufzubauen. Es muss Gelder in Projekte fließen, die das nachhaltig und intersektional thematisieren.

Zur Entstehungsgeschichte eures Projektes: ihr wart beim #wirvsvirus Hackathon der Bundesregierung das einzige Projekt, das sich mit dem Thema Rassismus und Covid-19 beschäftigt hat und wurdet von einer komplett weißen Jury abgelehnt. Jetzt finanziert ihr die Website komplett aus eigener Tasche. Was braucht ihr um eure Vision umzusetzen?

VICKY: Wir wurden sogar zweifach abgelehnt und ein rechtes Magazin hat auf Twitter dazu aufgerufen, unser Projekt runterzuvoten. Wir sind dadurch das Projekt mit den meisten dislikes geworden, die Veranstalter*innen haben sich dabei nicht solidarisch gezeigt oder uns unterstützt. Unsere eigentliche Vision war es, die Website Open Source verschiedenen Ländern international zur Verfügung zu stellen. Verschiedene Länder suchen sich im Rahmen von Corona unterschiedliche Sündenböcke – mit der Website hätten unterschiedliche Betroffenengruppen weltweit etwas davon gehabt. Ohne Förderung der Bundesregierung ist uns das leider nicht möglich gewesen, sodass wir ganz klare Grenzen ziehen mussten z.B. auch auf eine Mehrsprachigkeit der Website zu verzichten, um dabei auf unseren Energiehaushalt zu achten. Für unsere kleine Vision für den deutschsprachigen Raum brauchten wir neben unseren Vollzeitbeschäftigten vor allem Zeit nach Feierabend oder am Wochenende und Motivation durch solidarische

Verschiedene Länder suchen sich im Rahmen von Corona unterschiedliche Sündenböcke.

Zuschriften. Ein paar Spenden haben wir per Paypal erhalten, dadurch sind die Serverkosten erst einmal gesichert. In dem Punkt macht mich die Bundesregierung einfach nur wütend. Erst heute habe ich mir die Berichterstattung der Deutschen Welle in Brasilien oder der Türkei über unser Projekt angeschaut. In solchen Momenten wird mir klar, was für ein Armutszeugnis es ist, dass unsere Bundesregierung unser Projekt nicht gefördert hat und wir beim Thema Mitspracherecht von marginalisierten Gruppen weiter zurückliegen als ich dachte. Was es also wirklich braucht: Eine diverse Jury, die nicht in Frage stellt ob es Rassismus überhaupt gibt. Wir brauchen und wollen einen Platz mit am Tisch, um unsere Visionen umsetzen zu können.

Gerade ist das Berliner Antidiskriminierungsgesetz in Kraft getreten: Was kann es bewirken?

VICKY: Ich denke, dass das Antidiskriminierungsgesetz bereits gezeigt hat, dass es mindestens bei der Polizei etwas zu tun gibt. Ich kann mir sonst nicht erklären, dass Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, keine Polizist*innen mehr nach Berlin schicken möchte. Ich selber kenne unzählige Fälle von Freund*innen, die auf dem Amt, bei der Wohnungssuche oder durch die Polizei diskriminierende oder rassistische Erfahrungen gemacht haben. Ich selber habe noch nie mit meinem vollen Namen, der auf meinem Personalausweis steht, einen Hauptmietvertrag in Berlin erhalten. Es gibt Fälle wie meinen, den ich nur schwer oder mit viel Aufwand bewei-

Wir brauchen und wollen einen Platz mit am Tisch, um unsere Visionen umsetzen zu können.

Es ist wichtig, dass es das Gesetz gibt und Diskriminierung verboten wird.

sen kann. Es ist wichtig, dass es das Gesetz gibt und Diskriminierung verboten wird, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wie lückenlos das Gesetz juristisch ist, wird sich denke ich erst mit der Zeit zeigen – auf dem Gebiet bin ich leider keine Expert*in. HUYEN: Dieses Gesetz muss bundesweit eingeführt werden, denn viele meiner Schwarzen und muslimischen Freund*innen erfahren Racial Profiling. Dafür müssen Institutionen (Schule, Universität, Polizei, alle Behörden) verantwortlich gemacht werden. Es gibt noch so viel zu tun in Deutschland, wir stecken noch zu sehr in den Kinderschuhen.

Welche Rolle spielen Verschwörungsmymen im Zusammenhang mit antiasiatischem Rassismus?

VICKY: Ich habe nach der Veröffentlichung eines Interviews Post von einem Verschwörungstheoretiker erhalten mit Fotos von zerstückelten Hunden und der Bitte, ich solle doch Veganer*in werden und Chines*innen seien sowieso Schuld an Corona. Dem angefügt war ein langes Schreiben, was an mich und die chinesische Botschaft adressiert war. Insgesamt war der Brief sehr wirr und die Sätze zum Teil zusammenhangslos. Worin wir uns unterschieden haben war, dass er offensichtlich nicht an Wissenschaft oder an die Bildung geglaubt hat, an die ich glaube. Ich habe ihm nicht geantwortet weil ich nicht wusste, wo ich ansetzen sollte und ich nicht viel Energie in Symptombekämpfung von Rassismus stecken möchte. Gleichzeitig waren seine Anschuldigungen an mich als Asiatisch-deutsche gerichtet, anti-asiatisch, rassistisch und damit für mich eine reale Abwertung meiner Person. ■

Das Interview führten Moritz Marc und Beate Marquardt.



#13



Robert Ringel ist Diplom-Sozialpädagoge/ Sozialarbeiter und hat einen Master in Klinischer Sozialarbeit. Er arbeitete vor, während und nach seinem Studium gut 10 Jahre in verschiedenen betreuenden Einrichtungen in der Wohnungslosenhilfe, vorwiegend mit jungen Erwachsenen, ehe er 2016 die Stelle des Suchthilfekoordinators für den Bezirk Treptow-Köpenick antrat. Im Rahmen seiner Funktion koordiniert er die qualitative Weiterentwicklung und den Ausbau der Suchthilfeangebote und Suchtprävention in Treptow-Köpenick und setzt sich darüber hinaus immer wieder auch für die Entstigmatisierung von wohnungslosen, abhängigkeiterkrankten sowie psychisch kranken Menschen ein.



Susanne Gerull ist Diplom-Sozialarbeiterin und -sozialpädagogin (FH) und hat 15 Jahre in der behördlichen Wohnungsnotfallhilfe gearbeitet. Seit 2008 ist sie Professorin für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit den Schwerpunkten Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und niedrigschwellige Sozialarbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. In der Praxis vertritt sie die Hochschule u. a. im Arbeitskreis Wohnungsnot, der Landesarmutskonferenz Berlin und im AK „Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

CORONA UND WOHNUNGS- LOSIGKEIT

**Interview zu
mit Prof. Susanne
Gerull und
Robert Ringel
zu Solidarität
und Entsolli-
darisierung im
Winter
der Pandemie**

Das Jahr 2020 ist gestartet mit der Nacht der Solidarität, das war ja ein großer und wichtiger Schritt für Berlin. Wie habt ihr diese Nacht wahrgenommen und welche Spätfolgen und Auswirkungen gibt es?

SUSANNE GERULL: Im Nachhinein bin ich unglaublich froh, dass die Nacht der Solidarität in der Nacht vom 30. zum 31. Januar und nicht im März geplant und durchgeführt wurde, denn sonst hätten wir die vermutlich wegen Corona gar nicht durchführen können. Ich bin unglaublich froh und auch ein bisschen stolz, dass wir das hingekriegt haben. Es gab ja im Vorfeld auch viel Kritik und auch die Idee, dass es alles nicht funktionieren wird. Für mich war das eine ganz wichtige

Geschichte, weil wir im Rahmen der Strategiekonferenz der Wohnungslosenhilfe Berlin in einer AG den Auftrag hatten, eine Statistik für Berlin zu entwickeln. Denn es ist eigentlich eine Schande, dass wir überhaupt nicht wissen, wie viele wohnungslose Menschen in Berlin überhaupt untergebracht sind, auf der Straße leben und in anderen prekären Wohnsituationen. Die Idee war es eben auch Menschen auf der Straße zählen, in dem wir wirklich nachts rausgehen und schauen wie viele treffen wir an.

Und Auswirkungen hat das ja leider erstmal wegen Corona gar keine gehabt. Es lag dann alles flach. Es gab noch die ersten beiden Pressekonferenzen, bei denen die ersten Zahlen verkündet wurden und dann war das Thema plötzlich durch, weil wir hatten Corona.

ROBERT RINGEL: Was ich aber über die ganze Stadt verteilt wahrgenommen habe ist, dass die Nacht der Solidarität auf ganz vielen Ebenen einen sehr positiven Charakter hatte. Man hat eine politische Öffentlichkeit geschaffen. Das war glaube ich schon deshalb ein Erfolg. Es haben sich Menschen mit dem Thema auseinandergesetzt, die von Wohnungslosigkeit sicher schon einmal gehört haben, aber nun durften sie sich beteiligen und es hat unglaublich viel Kontakt zwischen den Menschen geschaffen, die mitgezählt haben. Ich glaube auch, Corona kam leider dazwischen, dass sich auch ein ehrenamtliches Engagement daraus entwickelt hat, also so zu sagen: Ich will damit nicht aufhören, ich habe nicht nur gezählt, sondern ich möchte mich auch engagieren und das weiterführen. Wenn Corona nicht gewesen wäre, hätten wir da auch eine Steigerung der Unterstützung gesehen.

Ich fand die Reaktion der Zivilgesellschaft unglaublich schnell.

Wegen Corona waren die Einrichtungen und Anlaufstellen erstmal geschlossen.

In der ersten Phase der Pandemie statt nachbarschaftliche Hilfe und Solidarität relativ weit oben auf der Agenda? Wie habt ihr das wahrgenommen, wie wurde da Solidarität ausgeübt, wie wurde mit wohnungslosen Menschen der Kontakt gesucht?

SUSANNE GERULL: Also ich habe das erstmal so wahrgenommen, dass die professionelle Wohnungslosenhilfe mehr oder weniger zusammengebrochen ist und sich herausstellte: Es gibt gar kein Nothilfe-Plan für solche Fälle!

Ich fand die Reaktion der Zivilgesellschaft unglaublich schnell. Über Facebook gab es eine große Vernetzung und einen großen Austausch nicht nur mit Leuten, die professionell in der Wohnungslosenhilfe unterwegs sind, sondern auch mit wohnungslosen Menschen und auch mit Menschen, die gar nichts mit dem Thema zu tun haben. Das Menschen da zusammengesessen haben und angefangen haben zu kochen und irgendwelche Tütchen zu packen und sich gefragt haben: Was kann man eigentlich noch tun? Das könnte so ein Schwung aus der Nacht der Solidarität gewesen sein.

Es wurde dann sehr schnell sehr deutlich, dass es wohnungslose Menschen auf der Straße sind, die einfach mal so richtig die Arschkarte haben. Wegen Corona waren dann die Einrichtungen und Anlaufstellen erstmal geschlossen, es gab dann Aktionen nicht nur von professionellen Wohnungsloseneinrichtungen, sondern auch von Menschen aus der Zivilgesellschaft, die gesagt haben, wir sammeln hier

Geld ein und gehen 10 Euro verteilen. Wo man dann spenden konnte über Betterplace oder so. Da haben unglaublich viele Leute Geld gegeben, die gar nichts mit dem Thema zu tun haben.

ROBERT RINGEL: Die Gabenzäune waren eine tolle Sache. Auch sehr präsent und wahrnehmbar! Es ist toll, dass Menschen Ideen haben und sich engagieren. Aber das hat oft auch etwas Kurzzeitiges. Je länger sich die Pandemie dann zog, desto häufiger kamen die Menschen auch in die Lage zu entscheiden: Wem kann ich denn mein Geld noch geben? Jetzt ist die ECKKneipe gefährdet, jetzt sind die Clubs um die Ecke gefährdet, mein Lieblings-Klamottenladen braucht auch Unterstützung. Und dann kommen Menschen an die Grenzen ihrer Ressourcen.

Ich glaube, dass es immer auch wieder staatliche Strukturen braucht, die sicherstellen, dass Men-

Wir müssen eine Strategie entwickeln, damit wir ins Agieren kommen und nicht nur reagieren.

schen ihre Grundbedürfnisse wahrnehmen können. Ich glaube es wird noch mehr Arbeitslosigkeit geben, Menschen kommen auch finanziell an ihre Grenzen und dann ist es der Zivilgesellschaft nicht alleine zu überlassen, sich um diese Menschen zu kümmern, sondern dann ist es staatliche Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht erfrieren, nicht verhungern und im besten Falle auch seelisch gesunden bzw. nicht schlimmer erkranken.

Wir wollen nachdem wir den Fokus auf Solidarität gelegt haben auch über Entsolidarisierung und Gewalt sprechen. Wie nehmt ihr das gerade wahr? Gibt es eine Zunahme von Gewalt und

welche auch subtileren Formen von Entsolidarisierung beobachtet ihr?

SUSANNE GERULL: Was ich dramatisch finde ist, dass wir das anhand der polizeilichen Erfassung gar nicht wissen. Es gibt ja den Bereich Hasskriminalität, aber da sind wohnungslose Menschen mit vielen anderen Gruppen in einer Schublade. Wir können gar nicht in die Statistik reinschauen und sagen wie viele Menschen sind denn wohnungslos und aufgrund von Hasskriminalität beispielsweise von rechten Gruppen überfallen worden oder sogar ermordet werden. Das wird gar nicht hundertprozentig erfasst. Wir gehen aber davon aus, dass eine Zunahme von Gewalt gibt.

Wir wissen durch bundesweite Erhebungen durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosigkeit, die die Presseberichte auswertet, wie viele Fälle es gibt, bei denen Hasskriminalität eine Rolle spielt, aber das ersetzt keine differenzierte statische Erfassung.

Wie kann größere Sensibilität und Offenheit für Fragen der Wohnungslosigkeit erreicht werden?

ROBERT RINGEL: Wie die Frage schon sagt: Sensibilität schaffen. Immer wieder auch sprachliche Sensibilität. Nicht der Wohnungslose, sondern die wohnungslosen Menschen. Das schafft schon Nähe,

Es muss eine berlinweite Strategie gegen Wohnungslosigkeit geben, die auch die Corona-Bedingungen mit einbezieht.

das zeigt Gemeinsamkeiten auf. Es geht darum Verständnis für Situationen schaffen und Vorurteile abbauen. Den wohnungslosen Menschen eine Stimme geben, dass verändert die Wahrnehmung der Situation. Nicht über die Menschen zu sprechen, sondern mit ihnen!

SUSANNE GERULL: Das ist auch etwas was ich sehr wichtig finde nicht nur, weil man sich dadurch nochmal näher mit dem Thema Wohnungslosigkeit beschäftigt, sondern weil man zeigt, dass wohnungslose Menschen auch etwas zu sagen haben!

Ich würde mir wünschen, dass wohnungslose Menschen öfter eingeladen werden, nicht nur mit der Frage: Erzähl mir doch mal etwas über dein Leben, sondern als Expert*innen.

Was braucht es konkret um wohnungslose Menschen durch den Winter der Pandemie zu begleiten. Was sind eure Forderungen an die Berliner Politik und Verwaltung?

SUSANNE GERULL: Erstens: ermöglicht Unterbringungen in Einzelzimmern. Also bitte Hotels und andere Unterbringungsmöglichkeiten nutzen, auch wenn es erstmal mehr kostet als die Kältehilfe.

Zweitens ganz wichtig: Wir müssen eine Strategie entwickeln, damit wir ins Agieren kommen und nicht nur reagieren. Es muss eine berlinweite Strategie gegen Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit geben, die auch die Corona-Bedingungen, die uns von diesem Virus vorgegeben werden, mit einbeziehen. Wir brauchen einen solchen Plan jetzt.

Drittens: Wir müssen die Möglichkeit schaffen, dass Menschen die keinen Zugang zu Computern und dem Internet haben. Diese müssen die Möglichkeit haben weiterhin ihre Anträge zu stellen. Auch die Jobcenter müssen einen Notfallplan haben, der nicht nur digital funktioniert. Das erwarte ich einfach, es kann nicht sein, dass es heißt: sucht euch eine Beratungsstelle, die eure Sachen einscannt, weil dafür werden die Beratungsstellen ja nicht gefördert und finanziert.

ROBERT RINGEL: Meine Forderungen sind ganz pragmatisch und beziehen sich auf Maßnahmen um durch den Winter zu kommen. Das ist zum einen U-Bahnhöfe offenlassen, Flächen bereitstellen, damit Menschen sich wenigstens vor der Witterung schützen können.

Wir reden immer wieder über Clubs über Restaurants und Cafés, wir sollten auch über die soziale Arbeit reden. Bei all den aktuellen Diskussionen müs-

sen wir hier Konzepte entwickeln und dabei auf die Erfahrungen der Mitarbeiter*innen hören, die jetzt seit sechs Monaten im Krisenmodus agiert haben. Lasst uns pragmatische Lösungen finden nicht nur an Schreibtisch konstruiert, sondern aus den konkreten Erfahrungen abgeleitet. ■

Das Interview führten Katja Sternberger und Benedikt Hotz.

Das hier abgedruckte Interview ist ein Ausschnitt aus einem längeren Podcast-Beitrag. Dieser kann auf der Homepage www.nach-gefragt.org nachgehört werden.



#14

GRUND- RECHTE VERTEIDIGEN – MIT RECHTS- EXTREMEN?

Ein Interview zu den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen mit Ulf Balmer (MBR Berlin)



Ulf Balmer ist seit 2017 Projektkoordinator der Mobilisierungsplattform Berlin gegen Nazis und zudem seit 2018 als mobiler Berater bei der Mobilen Beratung gegen Rechts-Extremismus Berlin (MBR) tätig. Er studierte Philosophie und Politikwissenschaft und arbeitete anschließend über viele Jahre als Führungskraft in einem Berliner Medienunternehmen. Er beschäftigt sich seit den frühen 90er Jahren mit Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Aufgrund der Corona-Pandemie und der folgenden Einschränkungen gab es bisher verschiedene Proteste. Angefangen hatten diese am Rosa-Luxemburg-Platz ab Ende März / Anfang April. Wer kam denn zu diesen Veranstaltungen? Wie würdest du die Situation auf dem Rosa-Luxemburg-Platz beschreiben?

Zunächst waren das keine angemeldeten Kundgebungen. Zu dem Zeitpunkt waren angemeldete Kundgebungen, rechtlich gar nicht möglich. Die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand, einige Leute vom Rand des Berliner

Kulturbetriebes, die sich selbst politisch eher links verorten, hatten dazu aufgerufen und angefangen eine Zeitung zu produzieren. Bereits in der ersten Ausgabe haben sie die Corona-Pandemie in ihrer Gefährlichkeit geleugnet und mit verschwörungsideologischen Welterklärungen argumentiert. Mittlerweile schreiben sie, wenn sie über die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie berichten, vom 4. Weltkrieg gegen die Bevölkerung.

Am Rosa-Luxemburg-Platz kam eine diffuse Mischung von Menschen zusammen, welche u.a. die Leugnung der Corona-Pandemie einte. Anfangs waren viele Menschen darunter, die einfach nur Bedenken wegen der strikten staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hatten und beunruhigt waren, da das normale Leben außer Kraft gesetzt wurde.

Wir haben „rechtsoffene Versammlungen“ als analytischen Begriff für diese Veranstaltungen gewählt. Vor Ort waren Menschen aus der Künstler*innenszene, Impfgegner*innen, Menschen, die glauben, dass Handystrahlungen schlecht für sie sind, andere, die eher hippiesk aussahen - bis hin zu Rechtsextremen, Reichsbürgern und verurteilten Holocaust-Leugnern. Da es auf dem Rosa-Luxemburg-Platz keine Organisationsstruktur gab, keine Redner*innen, keine Bühne, waren sehr schnell rechtsextreme oder verschwörungsideologische YouTube-Blogger diejenigen, die als erkennbare Struktur erschienen. Diese sind mit

Was diese Versammlungen bis heute vereint, ist eine Leugnung der Gefahr, die von der Pandemie ausgeht.

Es gab nie wirklich Abgrenzungen von den anwesenden Rechtsextremen.

ihren Smartphones herumgelaufen und produzierten Live-Streams. Sie nutzten die Anwesenden zum Teil als Statisten, um ihre eigene Agenda zu vermarkten.

Zugleich kann man aber nicht sagen, dass diese Versammlungen rechtsextreme Veranstaltungen waren. Bis heute ist es ein Querschnitt der Gesellschaft, der sich nun zumeist im Regierungsviertel, versammelt. Oft mit wenig konkreten Positionen. Was diese Versammlungen bis heute vereint, ist eine Leugnung der Gefahr, die durch die Corona-Pandemie ausgeht. Zugleich wird ein Gefühl von „wir hier unten und die, die uns beherrschen“ vermittelt und es herrscht Skepsis gegenüber etablierten Medien und Wissenschaftsfeindlichkeit vor. Es gab allerdings nie wirklich Abgrenzungen von den anwesenden Rechtsextremen. Diese nutzten den Raum und die Akzeptanz einer größeren Menge an protestierenden Menschen, übernahmen später in dynamischen Situationen die Führung, griffen die Polizei an und erhielten Unterstützung aus der umstehenden Menge. Das haben wir in Berlin erstmals am 9. Mai beobachtet. Am 18. November kam es dann in größerem Rahmen zu solchen Situationen.

Auf der ersten Großdemo am 01. August 2020 kamen zehntausende nach Berlin. Es kam ein, wie du meinst, Querschnitt der Gesellschaft. Wie kann diese Demonstration gesehen werden? War dies „nur“ eine exponentiell größere Variante des Rosa-Luxemburg-Platzes?

Die Großdemonstrationen am 01. August und auch die am 29. August in Berlin müssen unterschieden werden von denen, die im Frühjahr am Rosa-Luxemburg-Platz stattfanden. Die Versammlungen am Ro-

sa-Luxemburg-Platz waren lokale, Berliner Proteste. Dagegen gab es sehr viele Positionierungen von Anwohner*innen, von Initiativen und Gegenprotesten, was dazu geführt hat, dass sie den Rosa-Luxemburg-Platz verlassen mussten. Es ging erst in Richtung Alexanderplatz und dann ins Regierungsviertel. Allerdings ebten die Proteste im Frühsommer in Berlin ab.

Am 1. August gab es eine erste bundesweite Mobilisierung, die nicht aus Berlin organisiert wurde. Die Hauptveranstalter von Querdenken 711, kommen aus Stuttgart und hatten zuvor schon Kundgebungen in Süddeutschland durchgeführt. Auch hier können die Organisator*innen nicht als rechtsextrem, in ihrem Handeln aber wiederum als rechtsoffen bezeichnet werden, denn auch sie haben sich nie glaubwürdig von Rechtsextremen distanziert.

Ein starkes Sendungsbewusstsein ist ein klassisches Phänomen bei Reichsbürgern.

Gleichzeitig verbreiten viele Redner*innen auf diesen großen Versammlungen auch selbst Verschwörungsideologien. Die wesentliche Grundlage dieser Erzählungen ist die einer Elite im Hintergrund, die die Welt lenkt: Also klassische Verschwörungsideologien, die letztendlich fast immer auch antisemitische Codierungen enthalten. Damit ist auch inhaltliche Anschlussfähigkeit für Rechtsextreme gegeben.

Aber worin liegt die Gefahr? Wenn viele aus einem verschwörungsideologischen Hintergrund kommen, die kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild besitzen, und einzelne Goa-tanzende Hippies sind, da sind doch die realen Schnittmengen gar nicht vorhanden. Worin besteht die Gefahr, dass es diese Events gibt?

Zunächst einmal ist dies eine Form der Normalisierung, die dort stattfindet. Am 29. August konnten sehr viele Reichsfahnen beobachtet werden, also klassische Insignien des Reichsbürgerspektrums, aber auch von Neonazis, die dort von sehr vielen Menschen getragen wurden. Die Reichsfahne symbolisiert die Ablehnung der BRD und damit der Demokratie. Das hat bei den Teilnehmenden zu keinerlei Abgrenzungen oder Unmut geführt, auch räumliche Abgrenzungen gab es quasi nicht. Vielmehr wurden die Veranstaltung gemeinsam durchgeführt, wir sprechen auch aus diesem Grund für die Veranstaltungen im August von verschwörungsideologischen Bündnisveranstaltungen, auf denen zur Normalisierung von Rechtsextremen- und Reichsbürgerideologien, vor allem aber auch Antisemitismus beigetragen wird.

Du hast ja die Reichsbürger angesprochen. Angenommen ich beschäftige mich jetzt nicht so viel mit Politik und bin vielleicht das erste Mal auf einer solchen Demonstration, denke mir nichts Schlimmes dabei und denke mir wahrscheinlich sogar, ich tue das Richtige. Wie erkenne ich denn Reichsbürger?

Erkennbar sind sie an der erwähnten schwarz-weiß-roten Symbolik. Was wir bereits auf dem Rosa-Luxemburg-Platz, aber auch auf den Großdemonstrationen im August beobachten konnten, ist, dass Reichsbürger ein sehr großes Mitteilungsbedürfnis haben. Sie stehen da, fangen Gespräche an und verbreiten offensiv ihre Welterklärung gegenüber Umstehenden. Dieses starke Sendungsbewusstsein ist ein klassisches Phänomen bei Reichsbürgern, denn sie glauben, die Wahrheit erkannt zu haben und dass alle anderen noch „schlafen“. Die Reichsbürger wollen, dass auch andere Menschen „aufwachen“. Formulierungen wie „Schlafschafe“ sind ein deutliches Indiz, dass der Gesprächspartner Reichsbürger sein könnte.

Die Reichsbürgerideologie beinhaltet zudem die Behauptung, dass die BRD kein souveräner Staat sei, dass es nie ein Friedensvertrag gegeben hätte, wir uns also eigentlich noch im Zweiten Weltkrieg befinden. Dazu kommt die Erzählung, dass die Institutionen der BRD eigentlich Unternehmen seien und das ganze Land eine BRD GmbH sei. Die Polizei wird etwa mit privaten Sicherheitsdiensten gleichgesetzt. Wenn man so etwas hört, sollte einem klar

sein, dass dies mit der Realität, in der wir leben, nicht so viel zu tun hat. Und vor allem dann nicht, wenn man für Grundrechte auf die Straße geht, wie das ja viele Menschen auf diesen Demonstrationen vorgeben zu tun.

Dadurch aber, dass sie mit Menschen protestieren, deren Ziel es ist, diese Grundrechte abzuschaffen, die die Existenz der BRD und des Grundgesetzes leugnen, begeben sie sich in einen Selbstwiderspruch. Die Reichsbürger und Rechtsextremen wollen genau die Grundrechte abschaffen, für deren Erhalt die anderen vermeintlich auf die Straße gehen.

In der Mobilisierung und auf den Demonstrationen taucht auch immer der Begriff der Freiheit auf und die Angst vor der Einschränkung der persönlichen Freiheit. Um was für ein Freiheitsverständnis handelt es sich denn da? Denn ein erster grober Blick auf diesen Begriff, wie er verwendet wird, scheint ja eine egoistische, neo-liberale Auslegung des Begriffes zu sein. Wie würdest du das einschätzen? Ist der Begriff ein Bindeglied zwischen den ganz unterschiedlichen Teilnehmenden?

Freiheit war der dominierende Begriff am 1. August und auch am 29. August 2020. Häufig wurde „Wir sind der Souverän“ skandiert oder es wurde ein Friedensvertrag gefordert. Es wird demnach schon eine Interpretation des Begriffs „Freiheit“ genutzt, die sich an der Reichsbürgerideologie orientiert, wie eben beschrieben. Auch auf der Hauptbühne auf der Straße des 17. Juni wurde das Reichsbürgerthema „Friedensvertrag“ explizit angesprochen und damit zugleich die Legitimität des Grundgesetzes angezweifelt.

Freiheit war der dominierende Begriff am 1. August.

Die Euphorie der Teilnehmenden in der Weigerung, MNS zu tragen, zeugt von einem egoistischen Freiheitsbegriff.

Auf der anderen Seite geht es bei diesem Protestphänomen sehr stark um das Gefühl nicht mehr das tun zu können, was man gewohnt war zu tun. Die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie sehen vor, Abstände einzuhalten, Mund-Nasen-Schutz zu tragen, etc. Dies wird als Einschränkung der gewohnten persönlichen Freiheit verstanden, was sie ja auch sind. Sie sind jedoch begründete Maßnahmen zur Eindämmung einer gefährlichen Krankheit. Dieser Umstand hat für die Protestierende jedoch keine Relevanz, da sie die Gefährlichkeit der Krankheit leugnen. Die Demonstrationen finden vielmehr mit dem Ziel statt, die Regeln zu brechen, kollektiv keine MNS zu tragen oder Abstände nicht einzuhalten. Die mehrfach von uns beobachtete Euphorie der Teilnehmenden in der gemeinsamen Weigerung, MNS zu tragen, zeugt von einem sehr egoistischen Freiheitsbegriff. Solidarität mit z.B. Risikopatient*innen oder einfach nur Rücksicht hat in diesem „Wir-Gefühl“ und der Freiheit die sie auf ihren Versammlungen anrufen, keinen Platz.

Und trotzdem gibt es ja das verständliche Bedürfnis das Versammlungsrecht zu nutzen, um gegen die Einschränkungen zu demonstrieren, weil ich vielleicht gegen die Uneinheitlichkeit der Vorgaben bin oder, weil ich den Mund-Nasen-Schutz nicht als adäquates Mittel zur Bekämpfung der Pandemie sehe. Soll ich mich jetzt von allen Demonstrationen

fernhalten oder was würdest du denjenigen raten, die eine berechtigte Kritik äußern möchten?

Die Kritik sollte in einem Rahmen geschehen, der diese nicht untergräbt und sich nicht mit rechtsextremen oder verschwörungsideologischen Zielen gemein machen. Wenn ich Kritik an den Einschränkungen, z.B. für Unternehmen üben will oder für Grundrechte demonstrieren möchte, kann ich dies im Rahmen des Versammlungsrechts tun. Es können Demonstrationen organisiert werden, wo man das vertreten kann, was man mit anderen zusammen vertreten möchte. Wenn man aber auf Demonstrationen geht, die von Verschwörungserzählungen dominiert sind, oder auf denen große Gruppen von Neonazis akzeptierter Teil der Versammlung sind, dann muss man sich, wenn man das mitbekommt, davon entfernen. Denn sonst untergräbt man seine eigene Glaubwürdigkeit. Eines der Hauptziele von Rechtsextremen ist es ja unter anderem die Grundrechte abzuschaffen, dafür nutzen sie natürlich auch gerne das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

Es lohnt sich, mit Freunden zu schauen welches Protestkonzept passt und dann zu entscheiden, was man tut.

Wenn es jetzt in Berlin zu weiteren größeren rechtsoffenen Demonstrationen kommen wird, was würdest du als Berlin gegen Nazis den Berliner*innen empfehlen, die sich dagegen engagieren wollen?

Die vorherigen Einschätzungen basieren auf der Grundlage der Beobachtungen und der Analysen der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Ber-

lin - MBR. Bei der Einschätzung zu Gegenprotesten spreche ich aus dem Blickwinkel der Mobilisierungsplattform Berlin gegen Nazis. Positionierungen und Proteste gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind sehr wichtig, damit Berlin vielfältig bleibt. Wenn sich Menschen aktuell gegen die verschwörungsideologischen Versammlungen engagieren wollen, empfehlen wir zu schauen, ob es im eigenen Umfeld bereits Initiativen gibt, die sich engagieren und gemeinsame Protestformen entwickelt haben, denen man sich dann anschließen kann. Wer sich orientieren will, aber selbst die Initiatiavlandschaft nicht überblickt, kann sich gern bei Berlin gegen Nazis melden und wir geben dann Tipps zur Orientierung.

Am 29. August und am 18. November haben wir gesehen, dass eine große Anzahl Rechtsextremer, auch Gewaltprofis aus der Kampfsportszene oder Hooligans, vor Ort waren. Zudem sind auch die verschwörungsideologischen Versammlungen insgesamt durchaus aggressiv, gegenüber denjenigen, die von Ihnen als Feinde markiert wurden. Das reicht von Pressevertreter*innen, potentiell als Gegenprotestteilnehmer*innen gelesene Menschen, bis hin zu Träger*innen von MNS. Daher ist auch die Frage des Schutzes relevant, wenn man sich entscheidet, sich an Gegenprotesten zu beteiligen. Wie sicher kommt man zu den Gegenprotesten, wie sicher ist der Gegenprotest? Dies ist abhängig davon was man sich selbst zutraut. Auch die Frage, wie man sich selber unter COVID_19-Bedingungen an einem Protest beteiligen kann, mit Abstand, ohne andere in Gefahr zu bringen. Es lohnt sicherlich sich auf www.berlin-gegen-nazis.de über die aktuelle Situation rund um einen solchen Demonstrationstag zu informieren, zu schauen welches Protestkonzept zu einem passt und dann mit Freunden zu entscheiden, was man tut. ■

Das Interviewt führte Andreas Ziehl von der Fach- und Netzwerkstelle [moskito].

ADRESSEN

Demokratie in der Mitte

Vor-Ort-Büro in der Fabrik Osloer Straße e.V.
Osloer Straße 12, 13359 Berlin
Tel.: 030-495 005 26
Mail: info@demokratie-in-der-mitte.de
demokratie-in-der-mitte.de

Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke

Einbecker Str. 85, 10315 Berlin
Tel.: 030-50 56 65 18
Mail: mail@licht-blicke.org
www.licht-blicke.org

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Neue Grottkauer Straße 5, 12619 Berlin
Tel.: 030-92 25 71 40
Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de
koordinierungsstelle-mh.de

[moskito] – Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

Fehrbelliner Straße 92, 10119 Berlin
Tel: 030-443 71 – 79
Mail: moskito@pfefferwerk.de
www.pfefferwerk.de/moskito

Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick

Michael-Brückner-Str. 1, 12439 Berlin
Tel.: 030-65 48 72 93
Mail: zentrum@offensiv91.de
www.zentrum-für-demokratie.de

Herausgeber_innen:

Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke, Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick, Demokratie in der Mitte, Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf und [moskito] – Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

Text- und Bildnachweis:

Alle Rechte liegen bei den Herausgeber_innen und bei den Interviewpartner_innen

Titelfoto: Daniel Frese, pexels.com

Fotos Innen: Joao Alvez, CC BY 2.0, via Flickr.com / Laura Fuchs / José María Mateos, CC BY 2.0, via Flickr.com / Isengardt, CC BY 2.0, via Flickr.com

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert von

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*



Partnerschaften für Demokratie in Wedding & Moabit



FABRIK OSLOER STRASSE
Zentrum für soziale und kulturelle Arbeit



Fach- und Netzwerkstelle
gegen Rechtsextremismus
für Demokratie und Vielfalt



Stadtkultur gGmbH



Koordinierungsstelle für
Demokratieentwicklung
Marzahn-Hellersdorf



FACH- UND
NETZWERKSTELLE



präventive, altersübergreifende
Dienste im sozialen Bereich gGmbH



offensiv'91 e.V.
Forum für soziale und kulturelle Dienste
für Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche